

# ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS

EINE BESSERE WELT  
IST MÖGLICH!

## ALTERNATIVEN ZUR ÖKONOMISCHEN GLOBALISIERUNG

ZUSAMMENFASSUNG DES DEMNÄCHST ERSCHEINENDEN BERICHTS  
DER KOMMISSION FÜR ALTERNATIVEN  
DES INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION

*Freigabedatum der vollständigen Veröffentlichung: Frühjahr 2002*

### *Komitee der VerfasserInnen*

John Cavanagh, Vorsitzender  
Sarah Anderson  
Debi Barker  
Maude Barlow  
Walden Bello  
Robin Broad  
Tony Clarke  
Randy Hayes  
Colin Hines

Martin Khor  
David Korten  
Jerry Mander  
Helena Norberg-Hodge  
Sara Larrain  
Simon Retallack  
Vandana Shiva  
Victoria Tauli-Corpus  
Lori Wallach

# KAPITELÜBERSICHT DES ENDBERICHTS (FÄLLIG FRÜHJAHR 2002)

---

EINFÜHRUNG	4
A. Globaler Widerstand	
B. Unterschiedliche Welten	
C. Notwendige Veränderung	
Exkurs A. Kommentar: Widerstreitende Paradigmen (Khor)	
D. Ökonomische Demokratie	
E. Global Governance	
F. Stoßkraft entwickeln	
I. KRITIK DER ÖKONOMISCHEN GLOBALISIERUNG	7
A. Schlüsselemente und allgemeine Auswirkungen	
1. Säulen der Globalisierung	
Exkurs B. Nationales Recht als Handelshemmnis (Mander)	
Exkurs C. Exportorientierte Produktion: Immanente Negativwirkungen (Mander)	
2. Nutznießer der Globalisierung	
Exkurs D. Apartheid in der Weltwirtschaft (Broad, Cavanagh)	
B. Bürokratische Ausdrucksformen der Globalisierung	
1. Weltbank	
2. Internationaler Währungsfonds	
Exkurs E. Argentinien (Anderson)	
3. Welthandelskonferenz	
Exkurs F. Auswirkungen auf die Dritte Welt (Bello)	
C. Schlussfolgerungen	
II. ZEHN PRINZIPIEN FÜR DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE GESELLSCHAFTEN	9
A. Neue Demokratie	
B. Subsidiarität	
C. Ökologische Nachhaltigkeit	
Exkurs G. Nachhaltiges Chile (Larrain)	
D. Gemeinschaftliches Erbe	
E. Menschenrechte	
F. Arbeitsplätze/Lebensunterhalt/Beschäftigung	
G. Ernährungssicherung und Nahrungssicherheit	
H. Gerechtigkeit	
I. Vielfalt	
Exkurs H. Kulturelle Vielfalt (Barlow)	
J. Prinzip der Vorbeugung	
Exkurs I. Kanada: Agenda der Bürger (Clarke)	
III. FRAGEN DER VERMARKTUNG DES FÜR ALLE ZUGÄNGLICHEN GEMEINWESENESBESITZES	11
A. Die Tradition des Gemeinwesenbesitzes	
1. Europa	
2. Indigene Völker	
Exkurs J. Lebendige Alternativen (Corpuz)	
3. Asien	
Exkurs K. Keine Patente auf Leben (Shiva)	
4. Globaler versus nationaler/lokaler Gemeinwesenbesitz	

B. Der moderne Gemeinwesenbesitz	
1. Die Verpflichtung der Regierungen in der modernen Welt	
2. Ökonomische und politische Grund- und Menschenrechte	
3. Immanente Rechte der Natur	
4. Gegen die Kommerzialisierung der öffentlichen Dienste	
C. Eine positive Agenda	
IV. DIE SACHE MIT DER SUBSIDIARITÄT: VERLAGERUNG VOM GLOBALEN ZUM LOKALEN	13
A. Notwendiges Verständnis für Subsidiarität	
B. Der Weg zum Lokalen	
C. Brennpunkt Investitionen und Finanzangelegenheiten	
1. Kapital	
2. Steuersystem	
3. Neue Regeln für Investitionen	
D. Zur Kritik an Regionalisierung und Subsidiarität	
V. BÄNDIGUNG WIRTSCHAFTLICHER MACHT	15
A. Die Macht der Konzerne thematisieren	
1. Verantwortung der Unternehmen	
2. Rechenschaftspflicht der Unternehmen	
3. Beseitigung des Einflusses transnationaler Konzerne	
4. Überprüfung der Betriebserlaubnis	
5. Umstrukturierung von Großkonzernen	
6. Demontage von Konzernstrukturen	
B. Das Problem der Kumpanei von Staat und Großkonzernen anpacken	
1. Die Privilegierung der Konzerne und den Mechanismus ihrer Einflussnahme auf die öffentliche Politik beseitigen	
2. Politische Ansätze zur Förderung von Wirtschaftsformen, die auf menschliche Bedürfnisse antworten	
VI. ALTERNATIVE FUNKTIONSSYSTEME: ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT, VERKEHR UND FERTIGUNG	17
A. Energiesysteme	
1. Die Verheißungen alternativer Energiesysteme	
B. Verkehrssysteme	
1. Subventionen	
2. Privatwagen	
3. Nachhaltige Stadtentwicklung	
Exkurs L. Curitiba, Brasilien (Retallack)	
C. Landwirtschaft und Ernährung	
1. Aktionen und politische Ansätze, die auf alternative Lösungen zielen	
Exkurs. Organischer Landbau auf Kuba (Retallack)	
D. Fertigungssysteme	
VII. ALTERNATIVEN ZU BRETTON WOODS	20
A. Vereinheitlichung von Global Governance unter einer neustrukturierten UNO	
B. Begrenzung oder Abbau der Institutionen von Bretton-Woods	
1. Die WTO: Reformieren oder abschaffen?	
2. Weltbank und IWF	
C. Stärkung der Gegenmacht anderer internationaler Organisationen	
Exkurs N. Alternative Strategien für südliche Wirtschaftsräume (Khor)	
D. Schaffung neuer globaler Institutionen	
1. Schaffung eines internationalen Insolvenz-Schiedsgerichtshofs	
2. Schaffung einer internationalen Finanzorganisation	

3. Schaffung regionaler Währungsfonds
4. Ersetzung der WTO
5. Schaffung einer Organisation zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und der Haftung der Konzerne

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bibliographie/Ressourcen

Anmerkungen

*Im Januar 1999 initiierte das „Internationale Forum zur Globalisierung“<sup>1</sup> (IFG) einen Prozess, der den Zweck hatte, Alternativen zum gegenwärtigen Modell konzernorientierter<sup>2</sup> Globalisierung zu erarbeiten. Während der letzten drei Jahre haben etwa zwei Dutzend unserer Vorstandsmitglieder und wichtigsten Partner regelmäßig Treffen abgehalten, um Entwürfe zu den entscheidenden Bestandteilen einer lebensfähigen Alternative zum gegenwärtigen System zu diskutieren und vorzubereiten. Das vorliegende Dokument ist eine einführende Zusammenfassung eines 250 Seiten starken Schriftstücks, das den gegenwärtigen Stand dieses Prozesses wiedergibt.*

*Der endgültige Bericht, der im Frühling 2002 veröffentlicht werden soll, enthält ein breites Angebot realisierbarer Optionen, die mit einer neuen Reihe operativer Prinzipien für die internationale Gemeinschaft in Einklang stehen. Diese Prinzipien und Vorschläge sind nicht als endgültige Argumente für irgendein spezifisches System gemeint. Unsere Absicht ist, dieses Dokument unter den vielen Tausenden von Bürgerinitiativen und sonstigen Gruppierungen der Zivilgesellschaft auf allen Kontinenten zu verteilen, die sich in diesen Fragen engagieren.*

*Wir werden dann einen auf drei Jahre angelegten Prozess einleiten, der in jeder Region Zusammenkünfte mit interessierten Gruppen beinhalten wird, um diese Ideen weiter zu verfeinern, sie im Hinblick auf lokale Bedingungen zu erweitern bzw. zu modifizieren, um einen allgemeinen Konsens in möglichst vielen Punkten zu erzielen, um schließlich ein neues Dokument zu veröffentlichen, das dann auch klare und spezifischere Schritte enthalten soll, die uns vom Bestehenden zu etwas Neuem führen können. Wir begrüßen alle Beiträge.*

*Im folgenden werden Zusammenfassungen der noch in Arbeit befindlichen vollständigen Version des Alternativen Berichts des IFG gegeben.*

## EINFÜHRUNG

**A. Globaler Widerstand** Die Gesellschaft befindet sich an einem entscheidenden Wendepunkt. Eine friedliche, gerechte und nachhaltige Zukunft hängt von dem Ausgang eskalierender Konflikte zwischen zwei miteinander konkurrierenden Visionen ab: einerseits einer konzernorientierten und andererseits einer demokratischen. Diese Spaltung ist von den Medien um die Welt getragen worden durch Bilder und Reportagen über die letzten Treffen globaler Bürokratenstäbe wie der Welthandelsorganisation (WTO)<sup>3</sup>, des Internationalen Währungsfonds (IWF)<sup>4</sup>, der Weltbank, der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA)<sup>5</sup>, und über zahllose andere Zusammenkünfte von Unternehmens- und Wirtschaftseliten wie dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos (obwohl dies 2002 in New York City statt fand).

Während der letzten fünf bis zehn Jahre sind in Indien, den Philippinen, Indonesien, Brasilien, Bolivien, den Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Frankreich, Deutschland, Italien, Tschechien, Spanien, Schweden, England, Neuseeland, Australien, Kenia, Südafrika, Thailand, Malaysia und anderswo Millionen von Menschen in massiven Demonstrationen gegen die Institutionen und die Politik der konzerngesteuerten Globalisierung auf die Straßen gegangen. Allzu oft haben dabei die konzernorientierten Medien eher dafür gesorgt, die Öffentlichkeit irrezuführen, als sie über die brisanten Themen zu informieren, die den Protesten zugrunde liegen. Thomas Friedmann, außen-

---

<sup>1</sup> International Forum on Globalization

<sup>2</sup> Im englischen Original findet sich hier der für den ganzen Text zentrale Begriff „corporate globalization“, wobei „corporate“ eine weitgefächerte und daher schwer übersetzbare Bedeutungsvielfalt hat. „Corporations“ sind große Unternehmen, vor allem Konzerne, und „corporate“ wird insofern an dieser Stelle mit „konzernorientiert“ übersetzt. „Corporate enterprises“ sind Kapitalgesellschaften, sodass das Wort auch die Nuance der primären Orientierung an der Kapitalverwertung und -vermehrung hat. Schließlich meint „corporation“ schlicht Körperschaft und wird in dem Report im Sinne einer Dominanz des Institutionellen und Zentralistischen gegenüber dem Individuellen und Demokratischen benutzt, also etwa um die autoritäre Durchgriffsmacht von Institutionen wie der Welthandelsorganisation WTO zu benennen. Im deutschen Text werden je nach Kontext unterschiedliche Umschreibungen verwendet.

<sup>3</sup> World Trade Organization - WTO

<sup>4</sup> International Monetary Fund - IMF

<sup>5</sup> Free Trade Area of the Americas

politischer Kolumnist der *New York Times*, ist typisch für Journalisten, die die Demonstranten als „ignorante Protektionisten“ beschreiben, die keine Alternativen anbieten und keine ernsthafte Beachtung verdienen.

Die Behauptung, die Protestierer hätten keine Alternativen, ist genauso falsch wie die Behauptungen, sie seien gegen die Armen, gegen Fremde und gegen den Handel und sie verfügten über keine Analyse. Denn zusätzlich zu zahllosen Büchern, Zeitschriften, Fachtagungen, Einzelartikeln und -präsentationen, die alle Alternativen aufzeigen, sind während der letzten zwei Jahrzehnte von Gruppierungen der Zivilgesellschaft sorgfältig zahlreiche gemeinsame Stellungnahmen erarbeitet worden, die vielerlei Alternativen darlegen. Auffällig stimmen sie in den Überzeugungen über die zugrunde liegenden Werte überein, denen die menschlichen Gesellschaften dienen können und sollten. Zu solchen übereinstimmenden Erklärungen gehört eine Sammlung von "Bürger-Verträgen" ("Citizen Treaties"), die 1992 in Rio de Janeiro von den 18.000 Vertretern der globalen Zivilgesellschaft formuliert wurden, die sich parallel zu den offiziellen Zusammenkünften der UNCED, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung,<sup>6</sup> trafen. Eine anschließende Initiative brachte Die Erd-Charta<sup>7</sup> hervor, die zur Ratifizierung durch die UNO-Vollversammlung im Jahre 2002 vorgesehen ist – das Ergebnis eines globalen Prozesses, an dem Tausende von Menschen beteiligt waren. Im Jahre 2001 und 2002 haben sich unter dem Thema „Eine andere Welt ist möglich“ weitere Zehntausende von Menschen im brasilianischen Porto Alegre versammelt, um bei den ersten jährlichen Welt-Sozial-Foren diesen Prozess öffentlicher Konsensbildung zur Schaffung einer Welt, die allen dient, fortzuführen.

**B. Unterschiedliche Welten** Die an den Kapitalinteressen orientierten Globalisten, die sich in exklusiven Zusammenkünften treffen, um im Namen des privaten Profits den Kurs der konzerngesteuerten Globalisierung festzulegen, und die Bürgerbewegungen, die sich organisieren, um im Namen der Demokratie und Vielfalt deren Pläne zu durchkreuzen, sind durch große Unterschiede bezüglich ihrer Wertbegriffe, ihrer Weltanschauungen und ihrer Definitionen von Fortschritt voneinander getrennt. Manchmal scheint es, als lebten sie in völlig verschiedenen Welten – was sie in vieler Hinsicht tatsächlich tun.

Konzernorientierte Globalisten bewohnen eine Welt der Macht und der Privilegien. Überall sehen sie den Fortschritt. Denn von ihrem Ausgangspunkt aus scheint die Kampagne zur Privatisierung öffentlicher Güter und zur Befreiung des Marktes von jeglichen staatlichen Eingriffen in der ganzen Welt Freiheit und Wohlstand zu verbreiten, überall das Leben der Menschen zu verbessern und den finanziellen und materiellen Wohlstand zu schaffen, der nötig ist, um die Armut zu beenden und die Umwelt zu schützen. Sie sehen sich selbst als Sachwalter eines unausweichlichen und segensreichen historischen Prozesses, der die politischen und ökonomischen Grenzen, die die Ausbreitung der Konzerne behindern, ausradieren soll, der die Tyrannei ineffizienter und aufdringlich-lästiger öffentlicher Verwaltungen ausschalten und das gewaltige Reformpotential und die Wohlstand schaffende Kraft des Wettbewerbs und der Privatwirtschaft entfesseln soll.

Bürgerbewegungen sehen eine Wirklichkeit, die sich krass von dieser unterscheidet. Sie blicken auf die Menschen und die Umwelt. So sehen sie eine Welt, die in einer sich vertiefenden Krise solchen Ausmaßes steckt, dass sie die Zivilisation und das Überleben der Gattung Mensch bedroht – eine Welt schnell wachsender Ungleichheit, der Aushöhlung von Vertrauensbeziehungen und versagender Krisenmanagementsysteme für den Planeten und seine tragenden planetarischen Lebenssysteme. Wo die konzernorientierten Globalisten die Ausbreitung der Demokratie und boomende Märkte erblicken, sehen die Bürgerbewegungen, wie die Gestaltungs- und Lenkungsmöglichkeiten sich von den Menschen und Gemeinschaften wegverlagern hin zu Finanzspekulant und globalen Konzernen, die sich dem Streben nach kurzfristigen Profiten verschrieben haben. Sie sehen, wie die Konzerne die Demokratien der Menschen durch Demokratien des Geldes ersetzen, sich selbst organisierende Märkte durch zentral geplante Konzernökonomien und vielfältige ethische Lebensformen durch die Lebensart der Habgier und des Materialismus.

---

<sup>6</sup> United Nations Conference on Environment and Development – UNCED

<sup>7</sup> The Earth Charter

**C. Notwendige Veränderung** In einer Welt, in der einige wenige unvorstellbaren Reichtum genießen, sind 200 Millionen Kinder unter fünf Jahren infolge Nahrungsmangel untergewichtig. Vierzehn Millionen Kinder sterben jedes Jahr an hungerbedingten Krankheiten. Hundert Millionen Kinder leben oder arbeiten auf der Straße. Dreihunderttausend Kinder wurden während der neunziger Jahre als Soldaten zwangsverpflichtet, und sechs Millionen wurden in bewaffneten Auseinandersetzungen verletzt. Achthundert Millionen Menschen gehen jede Nacht hungrig zu Bett. Es wird geschätzt, dass die menschlichen Eingriffe in die Natur – ganz besonders das Verbrennen fossiler Brennstoffe – die Konzentration des Kohlendioxids in der Atmosphäre auf den höchsten Stand in zwanzig Millionen Jahren haben ansteigen lassen. Nach Angaben des World Watch Institute haben Naturkatastrophen – einschließlich wetterbedingter Katastrophen wie Stürme, Überschwemmungen und Großbrände – während der neunziger Jahre weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen betroffen und über 608 Milliarden Dollar an wirtschaftlichen Verlusten verursacht – mehr als in den vorhergehenden vier Jahrzehnten zusammen.

**D. Ökonomische Demokratie** Die Menschheit hat die Grenzen einer Ära zentralisierter und institutionalisierter Macht und Kontrolle erreicht. Das globale Konzerngefüge, die WTO, der IWF und die Weltbank sind so strukturiert, dass sie Macht in den Händen herrschender Eliten konzentrieren, die vor der Verpflichtung zu öffentlicher Rechenschaftsablegung geschützt sind. Sie repräsentieren einen veralteten, undemokratischen, ineffizienten und letztlich destruktiven Weg der Organisation menschlicher Angelegenheiten, der mit den Bedürfnissen und Werten gesunder, nachhaltiger und demokratischer Gesellschaften so wenig in Einklang steht wie die Institution der Monarchie. Das gegenwärtige und zukünftige Wohlergehen der Menschheit hängt ab von der Umwandlung der Machtbeziehungen in und zwischen menschlichen Gesellschaften hin zu demokratischeren und auf wechselseitigen Verpflichtungen beruhenden Verfahren zur Regelung menschlicher Angelegenheiten, die auf Selbstorganisation und Machtteilung beruhen und die Notwendigkeit zentraler Autorität mit Zwangscharakter auf ein Mindestmaß beschränken.

**E. Global Governance**<sup>8</sup> Das Streben danach, sich auf lokaler Ebene auf sich selbst verlassen<sup>9</sup> und sich selbst bestimmen zu können, hat wichtige Implikationen für eine "Global Governance". Zum Beispiel muss in einem aus eigener Kraft lebensfähigen und örtlich begrenzten System im Hinblick auf die Fest- und Durchsetzung von Regeln die Hauptvollmacht bei den nationalen und lokalen Verwaltungsbehörden derjenigen rechtlichen Zuständigkeitsbereiche liegen, für die diese Regeln gelten. Die angemessene Rolle globaler Institutionen besteht in der Ermöglichung kooperativer Koordination der Politik von Nationalstaaten in Bezug auf Fragen, bei denen deren Interessen von der Sache her miteinander verflochten sind – wie bei Maßnahmen gegen die Erderwärmung.

**F. Stoßkraft entwickeln** Das wachsende Wissen der Öffentlichkeit um den weitverbreiteten Missbrauch wirtschaftlicher Macht hat die Entwicklung einer mächtigen Oppositionsbewegung mit ihrer immer eindrucksvolleren Erfolgsliste vorangetrieben. Vereint in tiefer Hingabe an universelle Werte der Demokratie, der Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Leben funktioniert dieser Zusammenschluss ohne zentrale Organisation, charismatischen Führer oder genau bezeichnete Ideologie mit steigender Effektivität – wobei er in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Formen annimmt.

In Indien streben Volksbewegungen unter dem Banner einer nach Millionen zählenden "Bewegung der lebendigen Demokratie"<sup>10</sup> danach, durch demokratische kommunale Kontrolle der Ressourcen den Menschen vor Ort mehr Einfluss zu geben. In Kanada haben sich Hunderte von Organisationen verbündet, um ein "Bürgerprogramm" an die Öffentlichkeit zu tragen, das danach strebt, den Konzernen die Kontrolle über Regierungsinstitutionen wieder zu entreißen. In Chile haben Koalitionen aus Umweltgruppen eine mächtige Bewegung namens „Nachhaltiges Chile“<sup>11</sup> geschaffen, die danach strebt,

---

<sup>8</sup> "Global Governance" ist ein Inbegriff für die Schaffung neuartiger Regelungsstrukturen zwischen den Mitakteuren der Globalisierung, dessen wörtliche Übersetzung "Globale Regierungsgewalt" eher irreführend ist, da er eher an eine Weltregierung denken lässt, die in der Regel nicht damit gemeint ist.

<sup>9</sup> Wörtlich ist von "self-reliance" die Rede, was man auch als "Autarkie" übersetzen kann, im weiteren Sinne aber auch als Lebensfähigkeit aus eigener Kraft.

<sup>10</sup> Living Democracy Movement – Jaiv Panshayat

<sup>11</sup> Sustainable Chile

Chiles Trend zum Neoliberalismus wieder rückgängig zu machen und die volksdemokratische Kontrolle über nationale Prioritäten und Ressourcen wieder herzustellen. In Brasilien liegt der Schwerpunkt auf den Rechten der Armen und der Landlosen. In Bolivien besteht er in einer Massenbewegung von Kleinbauern und Arbeitern, die erfolgreich die Privatisierung des Wassers blockiert haben. In Mexiko hat das Volk der Mayas in einer Bewegung zur Bestätigung der Rechte der indigenen Bevölkerung auf Land und Ressourcen den Geist Zapatas wieder aufleben lassen. Bauern in Frankreich haben einen Aufstand gegen Handelsregulierungen durchgeführt, die kleine Bauernhöfe zu zerstören drohen. Der Bau neuer Autobahnen in England hat Hunderttausende zu öffentlichem Protest getrieben, – sie stellten sich dieser Schändung der Landschaft entgegen und gaben damit eine Antwort auf die unersättliche Globalisierungsförderung nach immer mehr Hochgeschwindigkeitstransporten.

Das sind nur einige wenige Beispiele für die Initiativen und Aktionen der Bevölkerung zur Verteidigung demokratischer Rechte, wie sie überall auf der Welt in Erscheinung treten. Zusammen setzen diese vielen Initiativen immer mehr die schöpferische Energie der Menschheit frei, die in Richtung des Aufbaus zusammenarbeitender Systeme nachhaltiger Gesellschaften wirkt, die für alle da sind.

## KAPITEL I KRITIK DER ÖKONOMISCHEN GLOBALISIERUNG

Die in diesem Bericht angebotenen Alternativen sind aus dem weitverbreiteten Schaden erwachsen, den die wirtschaftliche Globalisierung während der letzten fünf Jahrhunderte verursacht hat, während derer sie vom Kolonialismus und Imperialismus zu postkolonialen, exportorientierten Entwicklungsmodellen überging. Die treibende Kraft der wirtschaftlichen Globalisierung seit dem Zweiten Weltkrieg sind einige Hundert große private Konzerne und Banken, die über Grenzen hinweg zunehmend Netze der Produktion, der Konsumtion, der Finanzierung und der Kultur gewoben haben. Tatsächlich ist das meiste dessen, was wir heute als Nahrung essen oder trinken, als Kleidung tragen, als Transportmittel benutzen oder uns als Unterhaltung zuführen, das Produkt dieser die Erdkugel umspannenden Konzerne.

**A. Schlüsselemente und allgemeine Auswirkungen** Die wirtschaftliche Globalisierung (manchmal auch als konzerngesteuerte Globalisierung bezeichnet) weist mehrere Schlüsselemente aus:

- ▲ Abschaffung der beschränkenden Bestimmungen für Unternehmen und uneingeschränkter Kapitalfluss;
- ▲ Privatisierung und Vermarktung öffentlicher Dienstleistungen sowie sonstige Aspekte der global und lokal bzw. regional allen zugänglichen Güter, wie Wasservorkommen und genetische Ressourcen;
- ▲ Integration und Umstellung von Volkswirtschaften (einschließlich einiger, die weitgehend auf Selbstversorgung basierten) auf eine die Umwelt und die Sozialität schädigende exportorientierte Produktion;
- ▲ Förderung grenzenlosen Wachstums und uneingeschränkter Ausbeutung der Ressourcen unseres Planeten, um das Wachstum zu fördern;
- ▲ Dramatisch gesteigerte Konzentration von Konzernmacht;
- ▲ Untergrabung nationaler Sozial-, Gesundheits- und Umweltprogramme;
- ▲ Abbau herkömmlicher Kompetenzen und Verfahrensweisen in demokratischen Nationalstaaten und lokalen Kommunen durch globale Konzernbürokratien;
- ▲ Globale kulturelle Homogenisierung und die intensive Förderung ungezügelter Konsums.

*1. Säulen der Globalisierung:* Der erste Grundsatz der wirtschaftlichen Globalisierung, wie sie derzeit konzipiert ist, liegt in der Notwendigkeit, jede wirtschaftliche Aktivität aller Länder innerhalb eines einzigen, gleichförmigen Entwicklungsmodells zusammenzufassen und zu verschmelzen: in einem einzigen zentralisierten System. Ein zweiter Grundsatz des Globalisierungsentwurfs besteht darin, dass dem Ziel eines immer schnelleren und nie endenden wirtschaftlichen Wachstums der Konzerne erste Priorität gegeben wird. – Einem grenzenlosen Wachstum, das von der permanenten Suche nach dem Zugang zu Bodenschätzen, neuen und billigeren Arbeitskräften und neuen Märkten angetrieben wird. Ein dritter Grundsatz betrifft die Privatisierung und Vermarktung möglichst vieler traditionell nicht-

kommerzieller Ecken und Winkel des Lebens – beispielsweise von Saatgut und Genen. Ein vierter wichtiger Grundsatz der wirtschaftlichen Globalisierung ist ihre starke Ausrichtung auf eine globale Umstellung von Produktion und Handel auf den Export zur Verwirklichung eines wirtschaftlichen und sozialen Nirwanas.

*2. Nutznießer der Globalisierung:* Wer die eigentlichen Nutznießer dieses Modells sind, ist inzwischen allzu offensichtlich geworden. Aus den USA zum Beispiel wissen wir, dass in der Periode der am meisten beschleunigten Globalisierung die Manager im obersten Bereich der größten globalen Konzerne Einkünfte und Vorkaufsrechte in Höhe vieler Millionen Dollars erzielt haben, oft Hunderter von Millionen, während die Reallöhne einfacher Arbeiter ständig gesunken sind. Das Institut für Politikstudien<sup>12</sup> berichtet, dass inzwischen amerikanische Spitzenmanager durchschnittlich 517 mal höher bezahlt werden als Produktionsarbeiter, und dies in jährlich zunehmendem Missverhältnis. Aus dem Bericht des Wirtschaftspolitischen Instituts<sup>13</sup> für 1999 geht hervor, dass die durchschnittlichen Stundenlöhne während der letzten 25 Jahre 10% an tatsächlicher Kaufkraft verloren haben, d.h. dass eine Senkung der Reallöhne eingetreten ist. In Bezug auf die Überwindung der globalen Armut wird in dem "Bericht zur Entwicklung der Menschheit"<sup>14</sup> des Entwicklungsprogramms der UNO<sup>15</sup> aus dem Jahre 1999 darauf hingewiesen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Länder der Welt und zwischen ihnen ständig größer wird und dass Ungerechtigkeiten im globalen Handelssystem zu den ursächlichen Schlüsselfaktoren dafür zählen.

**B. Bürokratische Ausdrucksformen der Globalisierung** Wenn eine "Welt für alle" geschaffen werden soll, muss als erstes eine Anstrengung unternommen werden, den ungeheuerlichen Schaden wieder rückgängig zu machen, den die Politik der konzernorientierten Globalisierung als Verzerrung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen und Ländern in so schlimmer Weise verursacht hat. Die Stoßkraft dieser Politik zeigt sich wohl am dramatischsten in den sogenannten Strukturanpassungsprogrammen<sup>16</sup>, welche Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen von der Weltbank und dem IWF auferlegt werden – von zwei Institutionen, die für enorme soziale und ökologische Zerstörungen und das mit ihnen einher gehende menschliche Leiden Verantwortung tragen. Derartige Strukturanpassungen verlangen von den Regierungen:

- ▲ Kürzung der staatlichen Ausgaben für Erziehung, Gesundheit, Umwelt, und Kürzung der Preis-subsidien für Grundbedarfsgüter wie Brotgetreide und Speiseöl zugunsten der Tilgung von Auslandsschulden.
- ▲ Abwertung der Landeswährung und Steigerung des Exports durch die beschleunigte Ausbeutung von Bodenschätzen, die Senkung der Reallöhne und die Subventionierung von exportorientierten, ausländischen Investitionen.
- ▲ Liberalisierung der Finanzmärkte, um attraktiv zu werden für spekulative Kurzzeit-Portfolio-Investitionen. Diese bringen enorme finanzielle Instabilität und Auslandsschulden mit sich, während sie kaum, wenn überhaupt, von sinnvollem Nutzen sind.
- ▲ Anhebung der Zinssätze, um ausländisches Spekulationskapital anzulocken. Das führt zu einer Steigerung der Zusammenbrüche bei einheimischen Unternehmen und zu zusätzlichen Belastungen derer, die sich verschuldet haben.
- ▲ Abschaffung von Zöllen, Mengenbeschränkungen und anderen Importkontrollen. Dadurch nimmt einerseits der Import solcher Verbrauchsgüter zu, die mit geliehenen Devisen gekauft wurden. Andererseits werden einheimische Produzenten in Industrie und Landwirtschaft, die nicht in der Lage sind, mit Billigimporten zu konkurrieren, geschwächt, was die Abhängigkeit von Devisenkonten erhöht. Die Auslandsverschuldung wird so erhöht.

Die Weltbank und der IWF, zusammen mit dem „Allgemeinen Zoll und Handelsabkommen“<sup>17</sup> der Welthandelsorganisation (GATT/WTO), sind gemeinsam bekannt als die sogenannten „Bretton-Woods-Institutionen“ – das gemeinsame Ergebnis aus Vereinbarungen, die im Juli 1944 bei einem

---

<sup>12</sup> Institute for Policy Studies

<sup>13</sup> Economic Policy Institute

<sup>14</sup> Human Development Report

<sup>15</sup> UN Development Program

<sup>16</sup> Structural Adjustment Programs - SAPs

<sup>17</sup> General Agreement on Tariffs in Trade - GATT

internationalen Treffen in Bretton Woods, New Hampshire, USA, mit dem Ziel beschlossen wurden, einen institutionellen Rahmen für die Weltwirtschaft der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu schaffen.

**C. Schlussfolgerungen** Die Bretton-Woods-Institutionen repräsentieren ein völlig verzerrtes Verständnis von wirtschaftlichem Fortschritt und wirtschaftlichen Beziehungen. Ihre Begeisterung für unbegrenztes Handelswachstum und unbegrenzte Auslandsinvestitionen als Maßnahmen wirtschaftlichen Fortschritts lässt erkennen, dass sie den fortgeschrittensten Entwicklungszustand dann verwirklicht sehen, wenn alle Produktionsmittel sich im Besitz ausländischer für den Export produzierender Konzerne befinden, wenn die Währung, auf deren Basis die tagtäglichen Transaktionen vollzogen werden, von ausländischen Banken geliehen wird, wenn Dienstleistungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen von globalen Konzernen kostenpflichtig auf profitorientierter Basis angeboten werden und wenn das meiste von dem, was Menschen konsumieren, importiert wird. Die Absurdität der „neoliberalen“ Ideologie der Bretton-Woods-Institutionen wird offensichtlich, sobald sie derart krass formuliert wird. Es wird auch deutlich, wem solche Verfahrensweisen dienen. Statt das Leben der Menschen und des Planeten zu fördern, festigen und sichern sie auf Kosten der Menschheit und der Natur den Reichtum und die Macht einer kleinen Elite von Großunternehmen, den einzigen offensichtlichen Nutznießern. Im folgenden Abschnitt skizzieren wir die Prinzipien alternativer Systeme, welche Demokratie und Recht als Mittel zur Verwirklichung nachhaltiger Gemeinschaften, menschenwürdiger Arbeit und einer gesunden Umwelt postulieren.

## KAPITEL II ZEHN PRINZIPIEN FÜR DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE GESELLSCHAFTEN

Die gegenwärtigen Organisationsprinzipien der Institutionen, die die Weltwirtschaft beherrschen, sind eng begrenzt und dienen den Wenigen auf Kosten der Vielen und der Umwelt. Es liegt jedoch in unserem gemeinschaftlichen Vermögen, gesunde und nachhaltige Gesellschaften zu schaffen, die für alle da sind. Die Zeit ist gekommen, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Nachhaltige Gesellschaften sind in bestimmten Hauptprinzipien verwurzelt. Die folgenden zehn Hauptprinzipien sind in unterschiedlichen Variationen innerhalb zivilgesellschaftlicher Programme, wie sie überall auf der Welt hervorgebracht werden, vorgeschlagen worden.

**A. Neue Demokratie** Die Parole, unter der sich Ende 1999 in Seattle die Zivilgesellschaft in ihrer erstaunlichen Vielfalt selbst gefunden hat, war das einfache Wort „Demokratie“. Die Demokratie blüht, wenn Menschen sich organisieren, um ihre Gemeinschaften und ihre Rechte zu schützen und um ihre gewählten Vertreter zur Rechenschaft zu ziehen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben globale Konzerne und globale Bürokratien viel von der Macht an sich gerissen, die vorher Regierungen innehatten. Wir befürworten einen Wechsel von Regierungen, die den Unternehmen dienen, hin zu Regierungen, die den Menschen und Gemeinschaften dienen, einen Prozess, der sich leichter auf der lokalen Ebene vollziehen lässt, der aber auf allen Regierungsebenen von entscheidender Bedeutung ist.

**B. Subsidiarität** Das erste und hervortretendste Merkmal der ökonomischen Globalisierung besteht darin, dass sie zu einer Delokalisierung und Entmachtung sowohl der Kommunen und der lokalen Wirtschaft führt. Deshalb ist es notwendig, die Grundrichtung umzukehren und neue Regeln und Strukturen zu schaffen, die bewusst das Lokale fördern und die dem Prinzip der Subsidiarität folgen. D.h., immer dann, wenn auf der lokalen Ebene Entscheidungen getroffen und Handlungen ausgeführt werden können, sollte das auch dort geschehen. Jede Vollmacht, die sich auf der lokalen Ebene befinden kann, sollte sich dort auch befinden. Nur wenn zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, der lokal nicht befriedigt werden kann, sollten Vollmacht und Handlung zur nächst höheren Ebene verlagert werden: der Region, der Nation und schließlich der Welt.

**C. Ökologische Nachhaltigkeit** Wirtschaftliche Tätigkeit muss ökologisch nachhaltig sein. Sie sollte uns in die Lage versetzen, in der Gegenwart die echten Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen,

ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, die ihren zu befriedigen, und ohne die natürliche Vielfalt des irdischen Lebens zu verringern oder die Lebensfähigkeit des natürlichen Lebenserhaltungssystems des Planeten zu mindern.

**D. Gemeinschaftliches Erbe** Es gibt ein gemeinschaftliches Erbe an "Ressourcen", das ein gerecht zwischen allen zu teilendes kollektives Erstgeburtsrecht der ganzen menschlichen Gattung begründen sollte. Wir stellen fest, dass es drei Kategorien solcher Ressourcen gibt. Die erste besteht in dem gemeinsamen Naturerbe an Wasser, Land, Luft, Wäldern und Fischgründen, von denen unser Leben abhängt. Diese physischen Ressourcen stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung, sind lebensnotwendig und waren schon lange vor dem Menschen da. Eine zweite Kategorie umfasst das Erbe an Kultur und Wissen, das eine kollektive Schöpfung unserer Spezies darstellt. Schließlich bilden die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen in Bezug auf Gesundheit, Erziehung, öffentliche Sicherheit und soziale Absicherung die Ressourcen eines „modernen“ gemeinschaftlichen Erbes, das die kollektiven Anstrengungen ganzer Gesellschaften verkörpert. Sie sind genauso unverzichtbar für das Leben in modernen Gesellschaften wie Luft und Wasser. Die Gerechtigkeit fordert daher, dass sie für alle, die sie benötigen, ohne weiteres verfügbar sind. Jeder Versuch von Einzelnen oder von Unternehmen, unter Ausschaltung der Bedürfnisse anderer die Kontrolle der Eigentumsrechte an einer der zentralen Ressourcen gemeinschaftlichen Erbes zu ausschließlich privatem Vorteil zu monopolisieren, ist moralisch skrupellos und politisch unannehmbar.

**E. Menschenrechte** 1948 kamen Regierungen aus der ganzen Welt zusammen, um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Sie hat bestimmte Grundrechte festgelegt, wie "einen Lebensstandard, der ... Gesundheit und Wohl... gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit." Traditionell haben sich die meisten Menschenrechtsdiskussionen in den USA und anderen reichen Nationen vorrangig auf die bürgerlichen und die politischen Rechte konzentriert. Wir sind der Überzeugung, dass es die Aufgabe der Regierungen ist, diese Rechte zu gewährleisten, aber genauso auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen.

**F. Arbeitsplätze/Lebensunterhalt/Beschäftigung** Der Lebensunterhalt ist ein Mittel zur Sicherung der Existenz. Das Recht auf Mittel zum Lebensunterhalt ist daher das grundlegendste aller Menschenrechte. Nachhaltige Gesellschaften müssen sowohl die Rechte der Arbeiter im formellen Erwerbsarbeitssektor schützen, als auch auf die Fragen des Lebensunterhaltes des größeren Anteils der Menschen eingehen, die ihren Unterhalt in dem Sektor bestreiten müssen, der auch als der nicht-materiell eingestellte oder als der „informelle“ bezeichnet wird (und der die mittelständischen, heimischen und handwerklichen Aktivitäten einschließt). Das Gleiche gilt für den Lebensunterhalt all derer, die keine Arbeit haben oder weitgehend unterbeschäftigt sind. Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich für die Wahrung der Grundrechte und die Durchsetzung gerechter Löhne zu organisieren, ist unerlässlich, um die Willkür von Unternehmen zu zügeln, von denen Arbeiter in einem Rennen, bei dem es nur Verlierer geben kann, bis zum letzten gegeneinander aufgebracht werden. Und die Umkehrung einer Globalisierungspolitik, die die Kleinbauern von ihrem Land und die Fischer von ihren an den Küsten gelegenen Ökosystemen verdrängt, ist wesentlich für das Ziel einer Welt, in der alle in Würde leben und arbeiten können.

**G. Ernährungssicherung und Nahrungssicherheit** Gemeinschaften und Völker sind dann stabil und gesichert, wenn die Menschen genug zu essen haben, insbesondere, wenn Länder ihre eigene Nahrung selbst produzieren können. Aber die Menschen wollen auch unbedenkliche Nahrung, ein Grundserzeugnis, das zunehmend seltener wird in einer Zeit, in der globale Agrokonzerne die ganze Welt mit einer chemie- und gentechnikintensiven Landwirtschaft überziehen.

**H. Gerechtigkeit** Die ökonomische Globalisierung hat nach ihren derzeitigen Regeln die Kluft zwischen reichen und armen Ländern – und in den meisten Ländern die Kluft zwischen Reichen und Armen – vertieft. Die dadurch bedingten sozialen Verwerfungen und Spannungen gehören auf der ganzen Welt zu den größten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit. Mehr Gerechtigkeit sowohl zwischen als auch innerhalb der Nationen würde sowohl die Demokratie als auch nachhaltige Gemein-

schaften stärken. Die Verringerung der wachsenden Kluft zwischen reichen und armen Ländern erfordert zuerst und allermeist den Erlass der unrechtmäßigen Schulden armer Länder. Und sie erfordert die Ersetzung der gegenwärtigen Institutionen der Global Governance durch neue, die globale Fairness zu ihren Arbeitsgrundsätzen zählen.

**I. Vielfalt** Noch vor einigen Jahrzehnten war es möglich, Haus und Heimat zu verlassen und irgendwo anders hin zu gehen, wo die Architektur anders war, die Landschaft anders war, wo die Sprache, der Lebensstil, das Essen, die Kleidung, und die Werte anders waren. Heute protestieren Bauern und Filmemacher in Frankreich und Italien, indigene Gemeinschaften auf der ganzen Welt und Millionen von Menschen überall für den Erhalt dieser Vielfalt. Zehntausende von Gemeinden weltweit haben funktionierende Systeme für lokales Ressourcenmanagement entwickelt. Aber jetzt werden sie von der konzerngesteuerten Globalisierung unterlaufen. Kulturelle, biologische, soziale und ökonomische Vielfalt sind für ein existenzfähiges, menschenwürdiges und gesundes Dasein wesentlich.

**J. Prinzip der Vorbeugung** Alles Handeln sollte sich an das Vorbeugeprinzip halten. Wenn ein Verfahren oder ein Produkt eine möglicherweise ernste Gefahr einer Schädigung menschlicher Gesundheit oder der Umwelt darstellt, sollten vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um diese Gefahr einzuschränken oder zu bannen. Und dies selbst dann, wenn wissenschaftlich keine Klarheit über Ausmaß und Wirkungsweise der Gefährdung besteht. Da es Jahre dauern kann, bis der wissenschaftlicher Nachweis einer Schädigung restlos erbracht worden ist – eine Zeit, in der weiterhin unerwünschte oder nicht rückgängig zu machende Auswirkungen eintreten können –, sollten vor der Einführung eines Verfahrens oder Produktes dessen Befürworter selbst die Beweislast für seine Sicherheit tragen.

### KAPITEL III FRAGEN DER VERMARKTUNG DES FÜR ALLE ZUGÄNLICHEN GEMEINWESENESBITZES

Dieser Teil setzt sich mit einem der für bahnbrechende Erneuerungen besonders wichtigen, jedoch auch schwierigen Themenfelder im Dialog über Alternativen auseinander: der Frage, ob bestimmte Güter und Dienstleistungen nicht als Waren gehandelt werden sollten bzw. nicht Gegenstand von Handelsvereinbarungen, Patenten oder der Vermarktung sein sollten. Lange Beratungen unter Mitgliedern des IFG haben eine Menge Fragen geklärt, aber die Diskussion dauert an. Dieser Teil wird die Sparten der Güter und Dienstleistungen darstellen, von denen die Verfasser glauben, dass sie im weltweiten Warenhandel verschiedenen Beschränkungen unterliegen sollten: Güter, die dem globalen oder lokalen Gemeinwesenbesitz entstammen, und Güter, die Grundrechte und Grundbedürfnisse befriedigen. Weiter werden in diesem Teil dann einzelne Arten vorgeschlagener Restriktionen dargestellt.



In einer Welt, in der viele Ressourcen bereits übermäßig ausgebeutet und in gravierendem Maße ausgeplündert worden sind, wird von globalen Konzernen und den ihnen dienstbaren öffentlichen Verwaltungen ein permanenter Druck ausgeübt, der darauf zielt, vom Wasser bis zu genetischen Codes die ganze Bandbreite der Ressourcen des gemeinschaftlichen Erbes zu privatisieren und zu monopolisieren, die bisher als Schwerpunkte unternehmerischen Gewinnstrebens bis jetzt für Vermarktung und Profitmaximierungs-Management tabu waren. Ja, je entscheidender ein bestimmtes Gut oder eine bestimmte Dienstleistung für die Existenzsicherung ist, umso größer ist sein Potential, Monopolgewinne zu erzeugen, und umso attraktiver werden sein Besitz und die Kontrolle für globale Konzerne.

Das Wasser, eine gemeinsam genutzte, unersetzliche und elementare Voraussetzung für das Überleben alles Lebenden, ist ein Beispiel ersten Ranges. Überall auf der Welt versuchen globale Konzerne, sich das Eigentumsrecht und die unangefochtene Kontrolle an den Süßwasserressourcen von Flüssen, Seen und Bächen zu sichern, um aus dem Wasser einen Absatzschlager zu machen, d.h. das Wasser zu verkaufen wie Computerfestplatten oder Autoreifen. Dieser Vermarktungsprozess wird direkt durch die Regeln, die in vielen neuen Handelsvereinbarungen aufgestellt werden, unterstützt.

Ein weiteres, bislang unberührtes Gebiet – eines, von dem die meisten Menschen nie gedacht hätten, dass es eine Ware sein könnte oder sollte, die zum Zwecke von Konzernprofiten gekauft und verkauft wird –, ist die Genstruktur von Lebewesen, einschließlich der von Menschen, die jetzt rasch unter die Kontrolle der sogenannten „Life Science“-Industrien (Biotechnologie) geraten und zunehmend in den Bereich globaler Handelsvereinbarungen kommen. Ein drittes Gebiet betrifft das Wissen der indigenen Bevölkerung über Pflanzenarten, Saatgut, Erzeugnisse des Waldes, Heilkräuter und auch über die Artenvielfalt selbst, die durch Jahrtausende lebensentscheidend für den Erhalt der traditionellen Gemeinschaften war. Ein viertes Gebiet ist das Suchen nach "Bodenschätzen" im Bereich des Lebendigen, die sogenannte Bioprospektion, die gegenwärtig unter globalen Konzernen anläuft, die unter indigenen Völkern nach genetischem Material der Haut oder anderer Körperteile suchen. Einige dieser zuletzt genannten und weitere Gebiete sind Gegenstand der Patentierung (monopolistische Kontrolle) durch globale Konzerne. Diese Konzerne werden geschützt durch das Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS)<sup>18</sup> der WTO und durch ein ähnliches Kapitel im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA)<sup>19</sup>. Unter dem Strich laufen diese neuen kapitalorientierten Schutzvorkehrungen und Rechte an früher nicht-kommerzialisierten biologischen Ressourcen darauf hinaus, dass es für indigene Gemeinschaften bzw. auf Landwirtschaft beruhende Dorfgemeinschaften kostspielig, schwierig oder unmöglich gemacht wird, weiterhin selbst die biologischen Ressourcen zu nutzen, die sie bisher ungehindert nutzen und genießen konnten.

Parallel zu derartigen Bestrebungen der Privatisierung und Vermarktung der globalen Ressourcen der Allgemeinheit ist die ungeheure Anstrengung zu sehen, möglichst viele der öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren und zu vermarkten, um die sich früher die Gemeinschaften gekümmert haben und die später von lokalen, regionalen und staatlichen Behörden wahrgenommen wurden. Diese Dienstleistungen können sich auf Grundbedürfnisse richten wie das öffentliche Gesundheits- und Krankenhauswesen, das öffentliche Erziehungswesen, öffentliche Sicherheit, Wohlfahrt und soziale Sicherung, Wasserversorgung und Wasserqualität, Entsorgungseinrichtungen, öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten, Museen und Denkmäler der Nationalkultur, Lebensmittelüberwachung und Gefängnisse. Während traditionell diese Gebiete vielleicht nicht in derselben Weise als Bestandteile des „Gemeinwesenbesitzes“ definiert worden sind wie Wasser, Boden, Luft, Wälder, Weideland oder andere Geschenke der Natur, die über Jahrtausende hinweg innerhalb von Gemeinschaften geteilt und gemeinsam genutzt wurden, sind diese öffentlichen Dienste dennoch in der modernen Welt allgemein so verstanden worden, dass sie in den Bereich der elementaren Grundrechte und Grundbedürfnisse der Bürger fallen, die in einer durch soziale Verantwortung geprägten Gesellschaft leben, sofern diese ihren Namen verdient.

Wenn die konzernorientierten Globalisten in WTO-Verhandlungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)<sup>20</sup> oder innerhalb der Amerikanischen Freihandelszone FTAA<sup>21</sup> ihren Willen bekommen, wird der Weg dafür frei sein, dass viele dieser unverzichtbaren Dienstleistungen unmittelbar in die Hände von globalen Konzernen fallen, um als Profit-Center dieser Konzerne betrieben zu werden, die wiederum nur den Interessen ihrer Aktionäre verpflichtet sind. Wie bei dem in Konzernhänden privatisierten Gesundheitswesen der USA werden dann die Reichen gut bedient sein, aber die große Mehrheit der Bevölkerung wird unzufrieden, finanziell überlastet und im Stich gelassen sein.

Aus Sicht der Verfasser dieses Dokumentes müssen dieser Prozess der Privatisierung, Monopolisierung und Vermarktung der Ressourcen des gemeinschaftlichen Erbes und der Verwandlung öffentlicher Dienstleistungen in ein Geschäftsfeld der Konzerne sowie der Schutz dieses Prozesses im Rahmen globaler Handelsvereinbarungen sofort gestoppt werden. Einen angemessenen Ort, wo Privateigentum und Märkte ihre Rolle spielen können, gibt es beim Management, bei der Zuordnung und bei der Belieferung von bzw. mit bestimmten Ressourcen aus dem Bereich der Gemeingüter – wie zum Beispiel bei Grund und Boden –, allerdings innerhalb eines Rahmens effektiver, demokratisch kontrollierter öffentlicher Regulierung, die eine gerechte Preisgestaltung, gleichberechtigten Zugang, Qualität

---

<sup>18</sup> Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights

<sup>19</sup> North America Free Trade Agreement

<sup>20</sup> General Agreement on Trade in Services

<sup>21</sup> Free Trade Area of the Americas

und öffentliche Verantwortung gewährleistet. Keinen rechtmäßigen Platz in irgendeiner öffentlichen Körperschaft, irgendeinem öffentlichen Prozess oder internationalen Abkommen gibt es jedoch für Bestrebungen, die private Monopolisierung von Gemeinschaftsressourcen und lebensnotwendigen öffentlichen Diensten – ohne soziale Verantwortlichkeit, Rechenschaft und demokratische Kontrolle – ermöglichen oder sonst wie irgendjemand vom gleichberechtigten Zugang zu solchen unverzichtbaren Ressourcen und Diensten auszuschließen.

#### **KAPITEL IV DIE SACHE MIT DER SUBSIDIARITÄT: VERLAGERUNG VOM GLOBALEN ZUM LOKALEN**

Die größte Einbildung bzw. Spekulation der konzernorientierten Globalisten, besteht darin, dass alle Ebenen der Gesellschaft davon profitieren, wenn die Kontrolle über die Wirtschaft aus den Stellen ausgelagert wird, bei denen sie traditionellerweise gelegen hat – den Nationen, Staaten, Unterregionen, den Kommunen oder den Stammesverbänden –, und wenn diese Kontrolle in nicht-ortsansässige Behörden verlagert wird, die mittels gigantischer Konzerne und Verwaltungsapparate global operieren. Wie wir bereits gesehen haben, trifft diese Auffassung nicht zu, und hierin liegt einer der Hauptgründe für den zornigen Protest von Millionen von Menschen.

Die Hauptvorgehensweise des Globalisierungsmodells besteht darin, alle Schaltstellen ökonomischer und politischer Betätigung zu delokalisieren: eine systematische, vollständige Aneignung der Vollmachten, Entscheidungen und Aufgaben, welche in der bisherigen Geschichte von der Kommune, der Region oder dem Staat ausgeübt wurden. Wenn die Souveränität endgültig vom Lokalen in entfernte Bürokrationen verlagert wird, muss auch die lokale Politik neu konzipiert werden, damit sie den Regeln und Praktiken solcher basisfernen Bürokrationen entspricht. Gemeinden und Staaten, die im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung bisher in relativer Selbständigkeit agiert haben, werden zu widerstrebenden Untertanen dieser viel größeren, undemokratischen, niemandem Rechenschaft schuldigen globalen Struktur umfunktioniert.

Wenn Demokratie in der Idee wurzelt, dass die Menschen an den großen Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilnehmen sollen, dann bringt das heutige System, das darauf beruht, Grundentscheidungen des Lebens in weit entfernte Instanzen zentralisierter, internationaler Institutionen wegzuverlagern, den Tod der Demokratie, da es durch eine Geringschätzung und Missachtung demokratischer Teilhabe, Offenheit, Rechenschaftspflicht und Transparenz geprägt ist. Wir haben in diesem Prozess das Ende der Sackgasse erreicht. Es ist an der Zeit, die Richtung zu wechseln.

**A. Notwendiges Verständnis für Subsidiarität** Da die Globalisierung das unlösbare Problem darstellt, ist logischerweise ein Umschwung in Richtung des Lokalen unumgänglich: eine Neubelebung der Bedingungen, durch die die lokalen Gemeinschaften die Vollmacht wieder erlangen, ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Wege zu bestimmen und zu kontrollieren. Anstatt alle Systeme so zu gestalten, dass sie einem globalen Modell entsprechen, das deutlich ausgerichtet ist auf Spezialisierung der Produktion, Wettbewerbsvorteile, exportorientiertes Wachstum, Monokultur und Nivellierung bzw. Homogenisierung ökonomischer, kultureller und politischer Verhältnisse unter der Regie transnationaler konzernorientierter Institutionen, müssen wir unsere eigenen Institutionen umgestalten, um genau das Gegenteil zu begünstigen.

Das Verfahrensprinzip für diese Kehrtwende ist das Ideal der Subsidiarität, d.h. der Bevorzugung des Lokalen, wo immer man die Wahl hat. Praktisch bedeutet dies, dass alle Entscheidungen auf der untersten möglichen Ebene der Steuerungsinstanzen getroffen werden sollten, die die entsprechende Kompetenz zur Lösung des jeweiligen Problems haben. Globale Gesundheitskrisen und Fragen globaler Umweltverschmutzung machen zwar oft kooperative, internationale Entscheidungen notwendig, aber die meisten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entscheidungen sollten nicht international getroffen werden, sie sollten – je nachdem, welcher Art sie sind – auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene getroffen werden. Man sollte sich dafür einsetzen dass die Entscheidungsgewalt soviel als möglich nach unten wandert, statt immer weiter nach oben. Die Entscheidungen sollten im-

mer näher zu denjenigen Menschen hin verlagert werden, die am meisten von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Wirtschaftssysteme sollten lokale Erzeugung und lokale Märkte bevorzugen, anstatt es immer darauf anzulegen, dem „Langstreckenhandel“ zu dienen. Das bedeutet für wirtschaftliche Tätigkeit Kürzung der Wegstrecken: weniger „Nahrungsmittelkilometer“, weniger „Spritversorgungskilometer“, weniger Fahrkilometer zur Arbeitsstelle. Es sollten auch Technologien gewählt werden, die anders als global agierende Megatechnologien optimal der lokalen Steuerung dienen.

**B. Der Weg zum Lokalen** Lokalisierung versucht, durch aktive Bevorzugung des Lokalen bei allen zur Debatte stehenden Verfahrensweisen den Trend zum Globalen umzukehren. Je nach Kontext wird „lokal“ dabei als Untergliederung innerhalb eines Staates definiert; es kann aber auch den Staat selbst bedeuten oder gelegentlich eine regionale Gruppierung von Staaten. Die übergeordnete Idee besteht darin, dass die Entscheidungsgewalt an die jeweils unterste Einheit übertragen wird, die für ein bestimmtes Ziel angemessen ist.

Strategien, welche Lokalisierung herbeiführen, sind solche, die die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft durch Kommunen und/oder Nationalstaaten vergrößern, die diese sich von den globalen Institutionen, die sie sich angeeignet haben, zurückholen müssen: von den Bürokratien und den global agierenden wirtschaftlichen und politischen Institutionen. Diese Strategien können Staaten, lokale Regierungen und Kommunen in die Lage versetzen, ihre Ökonomien zurückzugewinnen, sie so vielfältig wie möglich zu gestalten und dem Gemeinschaftsleben wieder die Stabilität zu verleihen, – um auf eine Art und Weise, welche nachhaltige Entwicklung gewährleistet, auf nationaler und regionaler Ebene ein möglichst hohes Maß an eigenständiger Lebensfähigkeit zu erlangen.

Den Weg in Richtung der Lokalisierung einzuschlagen, wird Veränderungen in den Grundeinstellungen der Industriegesellschaft erforderlich machen, auch wird es dazu einer langen Zeit und vieler Schritte bedürfen. Doch um unser Denken in dieser Richtung in Bewegung zu setzen, erwähnen wir wenigstens einige Punkte:

- ▲ Die Wiedereinführung von Schutzmaßnahmen, die traditionellerweise angewandt wurden, um einheimische (lokale) Wirtschaften zu schützen und um der lokalen Wirtschaft bei der Erneuerung zu helfen.
- ▲ Veränderungen in der Subventionspolitik zugunsten lebensnotwendiger lokaler Unternehmen wie mittelständischer "biologischer" Landwirtschaft für die lokalen Märkte und mittelständischer Infrastrukturen in der Energieversorgung und im Transportwesen.
- ▲ Neue Aufsichtsmöglichkeiten über Konzernaktivitäten, einschließlich einer "site here to sell here"-Politik (d.h. einer Verfahrensweise nach dem Prinzip „um hier zu verkaufen, musst du hier eine Niederlassung haben“ – d. Üb.). Und zwar gilt dies in Bezug auf Produktion, Bankwesen und andere Dienste – gleichgültig ob diese örtlich oder regional arbeiten.
- ▲ Verankerung von Kapital und Investitionen innerhalb der Kommune; Profite, die lokal erwirtschaftet werden, verbleiben in erster Linie im Lokalen.
- ▲ Durchgreifende Veränderungen in der Steuerpolitik – wie Erhöhung von Steuern auf die Nutzung und den Abbau von natürlichen Ressourcen wie Wäldern, Wasserbeständen und Mineralien sowie die Einführung von Öko-Steuern.
- ▲ Umfangreichere direkte öffentliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, um Gerechtigkeit und Vielfalt der Gesichtspunkte zu gewährleisten.
- ▲ Neuorientierung der Regeln für internationale Hilfe und den internationalen Handel sowie der örtlichen Politikansätze, die solche Veränderungen beeinflussen, so dass diese vor allem zur Erneuerung der lokalen und weniger der globalen Wirtschaft beitragen.
- ▲ Neue Wettbewerbsregeln, die dazu führen, dass transnationale Konzerne den Zugang zu lokalen Märkten verlieren, wenn sie nicht die lokal geltenden Regeln für Investitionen akzeptieren.

**C. Brennpunkt Investitions- und Finanzierungsangelegenheiten** Die wohl entscheidendste Frage in Bezug auf die Entwicklungsfähigkeit eines lokalen Wirtschaftssystems besteht darin, Kapital für

produktive Investitionen anzuziehen und gleichzeitig zu verhindern, dass lokale Kontrolle an ausländische Eigentümer verloren geht und dass die Wirtschaft durch massive, unregulierte Bewegungen von Spekulationsgeldern auf internationalen Finanzmärkten zusammenbricht. Man darf auf keinen Fall vergessen, dass im Produktivkapital das Naturkapital gesunder Wälder, fruchtbarer Böden und sauberer Flüsse und ebenso das "Sozialkapital" von Vertrauensverhältnissen und Kooperationsbeziehungen mit enthalten ist. Nur zu oft schaffen konventionelle Maßstäbe wirtschaftlicher Leistung wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Bruttosozialprodukt (BSP) eine Illusion wachsenden Wohlstands, sogar dann, wenn ein Land sein reales Kapital plündert und bei ausländischen Banken seine Zukunft verpfändet, nur um Luxusimporte für die Reichen und den Kauf von militärischen Rüstungsgütern, um die Armen in Schach zu halten, zu finanzieren.

▲ Kapital: Jedes Land muss ein Regelwerk vorsehen, das sicherstellt, dass ausländische wie einheimische Gelder in realwirtschaftlich produktive Bereiche fließen können, und das gleichzeitig dem räuberischen Abfluss durch Spekulation eine Grenze setzt. Zu diesem Zweck werden die Gemeinschaften an der Basis ermutigt, eine Reihe von Optionen zu untersuchen, unter anderem die Wiedereinführung der Devisenbewirtschaftung, die "Re-Regulierung" von Banken, Finanzierungsgesellschaften usw., dergestalt, dass lokale Investition viel vorteilhafter ist als Kapitalflucht, ferner die Einführung von sehr hohen Hemmschwellen, die solche Investoren benachteiligen, welche Gelder von einem Anlageobjekt zum anderen bewegen, ohne dabei einen produktiven realwirtschaftlichen Leistungsbeitrag zu erbringen.

**D. Zur Kritik an Lokalisierung und Subsidiarität** Kritiker der Lokalisierung befürchten, dass diese eine lokale Bedrohung der Menschenrechte mit sich bringt oder der Autokratie Vorschub leistet. Gewiss ist Subsidiarität keine Garantie für Demokratie oder Grundrechte, aber sie macht deren Umsetzung bei weitem wahrscheinlicher, da kleinere Gemeinschaften viel mehr Einflussmöglichkeiten von unten auf die Instrumente der Macht bieten. Auf der anderen Seite ist die konzernorientierte Globalisierung ihrem Wesen nach zentralistisch, undemokratisch und destruktiv in Bezug auf kommunale Entwicklungsfähigkeit und Demokratie. Selbstverständlich spielen im Bereich der Menschenrechte internationale Abkommen weiterhin eine nützliche Rolle. Andere kritische Stimmen sprechen auch von dem Verlust von Wettbewerbsanreizen, einer Gefährdung der Wohltaten der Marktwirtschaft, der Förderung von „Protektionismus“ usw. Alle diese Einwände werden im vollständigen Dokument ausführlich diskutiert.

## KAPITEL V BÄNDIGUNG WIRTSCHAFTLICHER MACHT

Jede zivilgesellschaftliche Agenda zur Umwandlung der Weltwirtschaft muss in einem Aktionsplan wurzeln, der sich mit den globalen Konzernen auseinandersetzt. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts übertraf die Summe der Umsätze der 200 weltgrößten Konzerne ein Viertel der Wirtschaftstätigkeit aller statistisch erfassten Länder. Und wenn man die leistungsstärksten 100 Wirtschaftseinheiten der Erde auflistet, sind 51 von ihnen Konzerne, – nur 49 sind Länder.

**A. Die Macht der Konzerne thematisieren** Wenn man es mit der Macht der Konzerne aufnehmen will, gibt es dafür sechs strategische Optionen. Sie erstrecken sich von mehr reformistischen bis zu mehr "transformatorischen".

*Verantwortung der Unternehmen:* Eine der am längsten bekannten Strategien findet ihren Ausdruck in dem, was oft als die „Bewegung für die soziale Verantwortung der Konzerne“<sup>22</sup> bezeichnet wird. Ihr Hauptziel ist es – oft in Zusammenhang mit spezifischen Themen des Umweltschutzes, der Arbeits- und Menschenrechte –, die Konzerne dazu zu bringen, ihre Geschäfte sozial verantwortlicher zu betreiben. In der Vergangenheit hat diese Strategie von den sogenannten Aktionärs-Aktionstaktiken Gebrauch gemacht. Ebenso war eine Übung zur Förderung freiwilliger sozialer Verantwortung der Konzerne die im Jahre 2000 gestartete Initiative der UNO zur Beteiligung des Privatsektors an der

---

<sup>22</sup> „Corporate Responsibility“ Movement

Umsetzung von Entwicklungszielen durch einen globalen Pakt, den „United Nations Global Compact“, bei dem eine Reihe transnationaler Konzerne aus verschiedenen Sektoren der Weltwirtschaft eingeladen waren, ein Papier mit neun Richtlinien zu unterschreiben. (Viele Menschen befürchten jedoch, dass dieser Pakt die soziale und ökologische Verantwortung der UNO untergraben hat.)

*Rechenschaftspflicht der Unternehmen:* Damit eng verwandt sind Strategien, die Konzerne rechenschaftspflichtig zu machen. Hier besteht das Ziel darin, diese Konzerne dahin zu bringen, dass sie in einer mehr öffentlichen und mehr demokratischen Weise ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtgesellschaft nachkommen. Oft werden diese Strategien durch Gesetzesvorschläge verfolgt, die versuchen, sicherzustellen, dass zum Beispiel US-Konzerne bei Auslandsgeschäften in einer für die Öffentlichkeit transparenten Weise gewisse Standards festschreiben und Mechanismen ihrer Durchsetzung schaffen. Diese Standards könnten zum Beispiel beinhalten: die Auszahlung eines Existenzminimums an die Arbeiter, das Verbot obligatorischer Überstunden für Arbeiter unter 18, das Verbot von Schwangerschaftstests und von Vergeltungsmaßnahmen gegen Informanten, Beachtung grundlegender Standards der Internationalen Arbeits-Organisation ILO<sup>23</sup> wie des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Gesundheitsschutz und Sicherheitsmaßnahmen.

*Beseitigung des Einflusses transnationaler Konzerne:* Einige Aktivisten haben auch die Fähigkeit entwickelt, durch strategische Aktionen ihre Kommunen von unerwünschten transnationalen Konzernen wieder zu befreien. Zum Beispiel haben Kommunen in Indien eine bedeutsame Erfolgsgeschichte, was die Vertreibung solcher Konzerne aus der jeweiligen Region angeht, die mit den Arbeitern, den besonderen kulturellen Gegebenheiten oder den Bodenschätzen Missbrauch treiben. Vergleichbare Bewegungen waren auf den Philippinen erfolgreich.

*Überprüfung der Betriebserlaubnis:* In einigen Ländern, insbesondere in den USA, fordern derzeit Bürger ihre Rechte zurück, an Regierungsentscheidungen darüber teilzunehmen, ob bestimmten Konzernen die Betriebsberechtigung oder -genehmigung zugesprochen werden soll oder nicht.

*Umstrukturierung von Großkonzernen:* Eine andere strategische Option betont die Notwendigkeit, die Beschaffenheit und die Struktur der heutigen Konzerne zu ändern. Eine ideale Zielscheibe ist hier die Existenz der Gesetze über „beschränkte Haftung“.

*Demontage von Konzernstrukturen:* Zur Zeit werden Strategien entwickelt, die Konzerne in ihrer gegenwärtigen Form des Konzerns zu demontieren. Solche Strategien zielen darauf ab, letztlich die Unternehmensform der börsennotierten, haftungsbeschränkten Aktiengesellschaft zu beseitigen, und zwar mit Schwerpunkt auf der Beschränkung von Größe und Beweglichkeit, der Beseitigung von börsennotierten Aktien und Haftungsbeschränkungen, die die Grundlage für die am meisten zerstörerischen Eigenschaften eines heutigen Konzerns bilden. Viele Verfechter möchten dabei eine kleinere Auswahl anderer Konzernformen als brauchbar beibehalten, einschließlich verschiedener Arten solcher Konzerne, die sich im Besitz der Belegschaft und bzw. oder der Kommune befinden und bei denen die Verpflichtungen gegenüber nicht mit der Unternehmenstätigkeit verbundenen Eigentümern keine Priorität vor Verpflichtungen gegenüber anderen von der Leistung des Unternehmens Betroffenen haben.

**B. Das Problem der Kumpanei von Staat und Großkonzernen anpacken** Wenn das Ziel der Abbau der Konzernherrschaft ist, dann lautet ein Gebot auch, Strategien zu entwickeln, um der Übernahme des Staates und der "Entführung" demokratischer Regierungsgewalt durch Unternehmen entgegenzutreten. Ein Alternativprogramm zur konzernorientierten Globalisierung muss einen Aktionsplan beinhalten, der die Konzernherrschaft durch effektive demokratische Regierungsformen ersetzen soll. Für die meisten Bündnisse der Zivilgesellschaft auf Landesebene wird dies wahrscheinlich ein zweigleisiges Aktionsprogramm erfordern.

*1. Die Privilegierung der Konzerne und den Mechanismus ihrer Einflussnahme auf die Politik beseitigen:* Die Dominanz der Konzerne im politischen Prozess entzieht nicht nur der Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Stimme zur Geltung zu bringen – sie grenzt auch die Willensäußerung der einheimischen

---

<sup>23</sup> International Labor Organization

Geschäftswelt aus, die von der Politik gefördert werden sollte. Während Führungskräfte von Konzernen jedes Recht haben, als Bürger am politischen Prozess teilzunehmen, haben Konzerne selbst dagegen in einem demokratischen Prozess keinen rechtmäßigen Platz, außer in dem Maße, in dem Regierungsbeamte oder Bürgergruppierungen sie zu Beratungszwecken dazu auffordern.

Angemessene Initiativen beinhalten Maßnahmen wie:

- ▲ Abschaffung aller herrschenden Verhaltensmuster der Bestechung und Korruption;
- ▲ Auferlegung strenger Regeln für Lobby-Wirksamkeiten des Big Business;
- ▲ Abschaffung von öffentlichen Wohltaten (z.B. Subventionen), Rechten und Privilegien für Konzerne;
- ▲ Einführung der Haftung von Aufsichtsräten, Vorständen und Managern der Konzerne einerseits und der Aktionäre andererseits für durch den Konzern zu verantwortende Rechtsverletzungen.

*2. Politische Ansätze zur Förderung von Wirtschaftsformen, die auf menschliche Bedürfnisse reagieren:* Da sich die Konzerne die öffentliche Politik für ihre eigenen Zwecke angeeignet haben, ist es dazu gekommen, dass die nationale Politik globale Konzerninteressen gegenüber den nationalen und lokalen Interessen der Bevölkerung und der Kommunen favorisiert. Dieser Prozess muss rückgängig gemacht werden. Der politische Prozess muss auf die Menschen und ihre Bedürfnisse eingehen, und die Priorität nationaler Politik muss darin bestehen, auf nationaler und lokaler Ebene wirtschaftliche Sicherheit für alle zu gewährleisten. Die notwendigen Handlungen beinhalten die Begrenzung der willkürlichen Beweglichkeit der Konzerne, die Stärkung lokalen Eigentums und die radikale Reform des Geld- und Finanzsystems, um Finanzspekulation zu beenden – oder sie zumindest streng zu begrenzen – und die Integrität des Geldwesens wiederherzustellen.

## KAPITEL VI ALTERNATIVE FUNKTIONSSYSTEME: ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT, VERKEHR UND FERTIGUNG

Vor Abschluss der Diskussion über alternative Systeme im Verhältnis zu dem heute dominierenden müssen wir erkennen, dass die Probleme nicht nur in den Bürokratien und Konzernen liegen, welche gegenwärtig Bürger und Staaten ihrer Fähigkeiten berauben, im eigenen Interesse zu handeln. Sie zeigen sich auch als Teil der praktischen "Betriebsstruktur" der Gesellschaft, besonders in deren wichtigsten allumfassenden Wirtschaftssektoren, als da sind:

- ▲ Energiesysteme
- ▲ Verkehrssysteme
- ▲ Landwirtschaft und Ernährung
- ▲ Fertigungssysteme

Es sollte nicht überraschen, dass in fast allen Ländern jeder dieser übergreifenden Wirtschaftssektoren sich Standards verschrieben hat und Produktions- und Vertriebsformen praktiziert, die den Kernprinzipien, nach denen unserem Vorschlag gemäß die Gesellschaft gesteuert werden sollte, fundamental widersprechen. Tatsächlich sind diese gesellschaftlichen "Funktionssysteme" in ihrer gegenwärtigen Gestalt völlig kompatibel mit den Grundwerten, an denen sich die treibenden Kräfte der heutigen Globalisierung orientieren und die wir bereits beschrieben haben. Sie sind alle Teil einer einzigen in sich geschlossenen Struktur, nämlich der globalen Wirtschaft, die sich bis in unsere Nationen und Kommunen herunter erstreckt.

**A. Energiesysteme** In keinem Bereich globaler Wirtschaftstätigkeit wird größerer sozialer, ökologischer und politischer Schaden angerichtet als in dem der gegenwärtig vorherrschenden Energiesysteme, und zwar von der Quelle bis zum Abfall. Ironischerweise ist andererseits kein Bereich so geeignet für eine kurzfristig erreichbare grundlegende Umgestaltung und für die Umsetzung bereits zur Verfügung stehender herausragender Alternativkonzepte.

Derzeit basiert die Gewinnung neuer Energie in den meisten Teilen der Welt – aber besonders in den westlichen Industrienationen – auf fossilen Brennstoffen: auf Öl, Kohle und Erdgas, stellenweise durch Wasserkraftgroßanlagen und Atomkraftwerke ergänzt. Die Produktion auf diesem Gebiet ist durch einen extrem hohen Grad der Konzentration globaler Konzernmacht charakterisiert.

Gegenwärtig steht der größte Teil der erforderlichen Technologie bereits zur Verfügung, mit der man Energieproduktion dezentralisieren und lokalisieren kann, um so eine vielfache Steigerung der Energieausnutzung zu erreichen und den verbleibenden Bedarf durch Nutzung von Photovoltaik, Biomasse, Erdwärme, Wasserkraft in Kleinanlagen, Wind und anderer erneuerbarer Energiequellen nachhaltig zu decken. Dazu gehören auch Technologien zur Umstellung von PKWs, LKWs, Flugzeugen, Schiffen und anderen Verkehrsmitteln auf Wasserstoffantriebssysteme, die die Sicherheit und die Energieausnutzung erhöhen.

Keine dieser Technologien ist diffizil oder esoterisch; vielmehr werden sie alle schon vielerorts eingesetzt. Zum Beispiel bezieht Dänemark 15% seines ganzen Elektrizitätsbedarfs aus Windenergieanlagen. In Deutschland betreibt und verkauft BMW bereits wasserstoffgetriebene Autos mit konventionellen Motoren, die effizienter als benzinbetriebene Motoren sind. In Japan stellt Mazda seinen Wankelmotor auf Wasserstoff um; er wird noch 2002 fertig sein. Daimler-Chrysler, Ford, Honda, Toyota und General Motors entwickeln ebenfalls Wagen mit Wasserstoff-Brennstoffzellen. Und das von Amory Lovins geleitete Rocky Mountain Institute – im Bereich der Technologie eine der bedeutendsten "Denkfabriken" und Forschungseinrichtungen – hat bereits den Entwurf und die Konstruktion des Prototyps eines „Hyperautos“ mit Wasserstoff-Brennstoffzellen abgeschlossen, das billig sein wird, das über den größten Teil der Sicherheits- und Leistungsmerkmale von Normalfahrzeugen verfügt und von dem es heißt, dass es mit Hilfe der Nutzung von Wasserstoff das Äquivalent von drei Litern (Diesel) pro hundert Kilometer erreicht.

**B. Verkehrssysteme** Die globale Verkehrsinfrastruktur – ausgebaut, um der Weltwirtschaft zu dienen – bringt eine Vielzahl negativer Konsequenzen mit sich. Mit der Exportorientierung der Produktion als einem zentralen Merkmal des Freihandels ist eine massive Steigerung des Überseefrachtverkehrs, der Autobahntransporte, des Luftfrachtverkehrs, des Schienengüterverkehrs usw. einhergegangen, zusammen mit einer entsprechenden gewaltigen Zunahme der Infrastrukturentwicklung. Zu dieser letzteren gehören neue Autobahnen, Pipelines (um das Öl für den Verkehr heranzuschaffen), Seehäfen, Flughäfen, Kanäle, alles oft jeweils durch Gebiete unberührter Wildnis geführt, auf Korallenriffen angelegt oder durch das Land indigener Bevölkerungen oder das Gebiet ländlicher Gemeinden gebaut. In einigen Fällen sind beträchtliche soziale Probleme das Ergebnis, aber genauso sind die ökologischen Probleme von entscheidender Bedeutung. Und unter ihnen ist die dramatische Beschleunigung der zerstörerischen Klimaveränderungen nicht das geringste.

In letzter Zeit hat es eine Reihe bedeutender „Ecocity“-Konferenzen (Konferenzen über die "Öko-Stadt", d.h. über nachhaltige Stadtentwicklung) gegeben. Das kommt daher, dass Städte versuchen, die Kontrolle über die Hauptverkehrssysteme zu gewinnen, und dass sie andere ökologische und soziale Probleme in den Griff bekommen möchten, die durch die gegenwärtige Art planloser Zersiedlung hervorgerufen werden. Diese erfordert ja längere Verkehrswege, gewöhnlich (angesichts fehlender Alternativen) mit dem Privatwagen, außerdem reißt sie die Lebensfunktionen auseinander: die Arbeitsstätten liegen 30 Kilometer von der Wohnung entfernt, das Einkaufszentrum liegt wieder an einem ganz anderen Ort, zu Geselligkeit einladende öffentliche Orte fehlen größtenteils.

Um die Abhängigkeit vom Privatwagen zu verringern, wird es auf lange Sicht hilfreich sein, die städtische Umgebung umzugestalten, und zwar so, dass sich die Städte nicht mehr wie Los Angeles oder London oder Bangkok „flach“ über große Entfernungen ausbreiten. Es gibt Dutzende neuer Ideen, wie diese Art der Anordnung geändert werden kann, Ideen, die hinausgehen über eine bloße Umstellung durch das Bereitstellen von U- und S-Bahnen, neuen gesonderten Busspuren und Fahrradwegen, die die Menschen von ihrer Abhängigkeit vom Auto befreien können. Das Endziel ist die Reduzierung der Entfernungen, die die Menschen zurücklegen müssen – genauso wie wir auch in anderen Zusammenhängen versuchen, die Entfernungen zu reduzieren, welche Güter zurücklegen müssen, um vom Entstehungsort zum Markt zu gelangen.

**C. Landwirtschaft und Ernährung** Wenn globalisierte Energiesysteme die Hauptursache der ökologischen und geopolitischen Krisen auf der Welt sind, dann ist inzwischen die Schwächung kleiner, nichtspezialisierter und eigenständiger Landwirtschaftsbetriebe mit ihrer Verwurzelung in den Gemeinden und ihre Ersetzung durch konzernbetriebene, exportorientierte Monokulturen die Hauptursache für Landlosigkeit, Hunger und Nahrungskrisen in der Welt. Und sie ist auch ein durchaus entscheidender Faktor bei der globalen ökologischen Verwüstung – der Erschöpfung der Ackerböden, der Wasserverschmutzung und -verschwendung, dem Verlust der biologischen Vielfalt und vielen anderen Problemen. Die hier beschriebene Umwandlung hin zu einer globalen industriellen Landwirtschaft beschleunigt sich rapide, da Agrokonzerne jährlich Milliarden von Dollars für Lobbyarbeit, Werbung und PR-Arbeit ausgeben, um solche nationalen und globalen handelspolitischen Richtlinien zu fördern, die den Übergang zur Agroindustrie beschleunigen. Solche Konzerne argumentieren dahingehend, dass die industrielle Landwirtschaft effizienter sei als der traditionelle Anbau und dass sie eine bessere Chance habe, einer hungrigen Welt zu essen zu geben. Alle Anhaltspunkte zeigen jedoch übereinstimmend, dass genau das Gegenteil wahr ist: Die sogenannte Leistungsfähigkeit des industriellen Anbaus wird jeweils nur durch ungeheure staatliche Subventionen und durch den massiven Einsatz von Chemikalien aufrecht erhalten. Und diese Wirtschaftsweise erzeugt viel mehr Hunger als sie stillt.

Damit man eine angemessene Sichtweise für den Umfang und die Bedeutung dieser Angelegenheit gewinnt, kann nicht oft genug wiederholt werden, dass die Menschen auf der Welt schätzungsweise zur Hälfte noch immer direkt auf dem Land leben, wo sie ihre eigenen Grundnahrungsmittel selbst anbauen, womit sie ihre Familien und Gemeinschaften versorgen. Sie verwenden heimische Saatgutarten, die über Jahrhunderte entwickelt worden sind. Ihre eigenen organischen Dünger, ihre Anwendung von Fruchtfolgen und ihre Verwendung natürlicher Pestizide haben sie perfektioniert. Ihre Gemeinschaften haben traditionsgemäß alle Bereiche der lokalen Ressourcen miteinander geteilt, einschließlich Wasser, Arbeitskräfte und Saatgut. Sie haben Vorbildliches geleistet für die Bewahrung der biologischen Vielfalt, die zugleich für das Überleben ihrer Gemeinschaften notwendig war. So haben sie seit Jahrhunderten die lokalen Gemeinschaften ernährt. Aber sie alle sind jetzt dem Angriff des Systems der industriellen Agrarkonzerne ausgesetzt.

Millionen von Menschen auf der ganzen Welt setzen sich in Bewegung, um die Globalisierung der industriellen Landwirtschaft rückgängig zu machen. Allein in Indien haben Millionen Bauern dagegen protestiert, dass Agrokonzerne Akte der „Biopiraterie“ gegen die biologische Vielfalt in ihren Regionen und ihr Saatgut verüben und dass man versucht, heimische Saatgutsorten zu kommerziellen Zwecken zu patentieren. Zu dieser Bewegung gehören auch Zehntausende von Bauern in Japan, auf den Philippinen, in Bolivien, Deutschland, Frankreich. Die größte Bedeutung kommt der wachsenden internationalen Bewegung der „Landlosen Bauern“ in der ganzen sogenannten Dritten Welt zu, die – wo sie noch Boden besitzen – den Schutz ihrer Ländereien bzw. eine durchgreifende Bodenreform verlangen. In Brasilien zum Beispiel hat die Bewegung der Landlosen<sup>24</sup> vor kurzem den effektiven Rechtsanspruch auf über 6 Millionen Hektar Ackerland durchgesetzt – Land, das für 250.000 Familien ausreicht. Die Anstrengungen, um hier eine politische Wende zu erreichen, müssen auf der internationalen, der nationalen und der lokalen Ebene gleichzeitig fortgeführt werden. Sie beginnen mit der Beherrschung von fünf Grundüberzeugungen:

- ▲ Der Verlust des Ackerlandes von Kleinbauern an große Konzerne ist eine Hauptursache der Armut und des Hungers in der Welt wie auch der Umweltzerstörung.
- ▲ Der Zugang zu Grund und Boden für den Anbau von Nahrungsmitteln ist ein fundamentales Menschenrecht.
- ▲ Wo immer Menschen noch auf ihrem angestammten Grund und Boden leben und arbeiten, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass sie an ihrem Platz bleiben und so für ihre Familien und Gemeinschaften arbeiten können und nicht für den Weltmarkt. Wo Gemeinden ihres Landes beraubt worden sind, ist eine Bodenreform äußerst wichtig.

---

<sup>24</sup> Movimento Sem Terra - MST

▲ Die Gesellschaft muss ihre einseitige Ausrichtung auf exportorientierte, monokulturelle Massenproduktion aufgeben und gleichzeitig heimische Landwirtschaftsgrundsätze wiederbeleben, welche die biologische Vielfalt schützen und auf eine nachhaltige Nutzung im Interesse der einheimischen Bevölkerung angelegt sind.

▲ Alle Lösungen müssen dazu beitragen, die Entfernung zwischen Produzent und Verbraucher zu verkürzen.

*D. Fertigungssysteme* (noch nicht verfügbar)

## KAPITEL VII ALTERNATIVEN ZU BRETTON WOODS

Eine auf lokaler und nationaler Ebene gestärkte Demokratie wird schon sehr viel zur Bildung nachhaltiger Gesellschaften beitragen. Aber diese Veränderungen alleine reichen noch nicht. Da gigantische private Konzerne globale Dimensionen angenommen haben, muss es auch auf globaler Ebene eine mit gleicher Kraft entgegenwirkende öffentliche und rechenschaftspflichtige Macht geben. Dieser Abschnitt des Berichts legt vier verschiedene Modelle für Veränderungen auf der Ebene globaler Institutionen vor.

Erstens wird in ihm geltend gemacht, dass ein Teil des Chaos und der Ungleichheit in der Welt daher kommt, dass es zwei sich widersprechende Gruppen maßgebender globaler Einrichtungen gibt: die Triade von Bretton Woods und das System der Vereinten Nationen (UNO). Wir bringen Argumente dafür, dass die Steuerung der Weltwirtschaft unter einem reformierten UN-System zusammengefasst werden sollte. Zweitens diskutieren wir die Möglichkeit des Abbaus oder der Schwächung der Bretton-Woods-Institutionen. Drittens bieten wir Vorschläge für die Stärkung und die Reform bestimmter existierender UN-Organisationen und für die Reduzierung des Einflusses der Konzerne innerhalb der UNO. Und viertens benennen wir im einzelnen neue Institutionen, welche die durch die Verkleinerung der Bretton-Woods-Institutionen entstandene Lücke am besten ausfüllen könnten.

**A. Vereinheitlichung von Global Governance unter einer neustrukturierten UNO** Die Funktionen von Global Governance sind gegenwärtig aufgeteilt zwischen zwei Systemen: Das erste ist das UN-System – bestehend aus dem UN-Sekretariat, seinen Sonderbehörden wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO)<sup>25</sup>, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)<sup>26</sup>, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)<sup>27</sup>, und den verschiedenen Entwicklungshilfefonds wie dem Entwicklungshilfeprogramm der UNO (UNDP)<sup>28</sup>, dem Weltkinderhilfswerk (UNICEF)<sup>29</sup> und dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM)<sup>30</sup>. Das andere System ist das Bretton-Woods-System – zusammengesetzt aus der Weltbank, dem Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO). Das UN-System hat die bei weitem umfassendere Legitimation, ist offener und demokratischer und hat in der Praxis den menschlichen, sozialen und ökologischen Prioritäten viel größeres Gewicht zugemessen. Jedoch ist die UNO in den letzten Jahren zunehmend unter den Einfluss derselben globalen Konzerne wie die Bretton-Woods-Institutionen geraten und zu denselben Zielen gekommen. Das mehr verborgen arbeitende und undemokratische System von Bretton Woods hat ausnahmslos eine engstirnige ökonomistische Weltanschauung vertreten und Finanz- und Konzerninteressen über menschliche und planetarische Interessen gestellt.

In globalen Angelegenheiten der einen Welt die Regelungskompetenzen zwischen zwei konkurrierenden Governance-Systemen aufzuteilen, ist keine kluge Politik. Die Zeit ist gekommen, um die globale ökonomische "Governance" unter der Schirmherrschaft einer reformierten UNO neu zugestalten – sie mit den Menschen und den finanziellen Mitteln auszustatten, die sie braucht, um ihren ursprünglichen

---

<sup>25</sup> World Health Organization

<sup>26</sup> International Labor Organization

<sup>27</sup> Food and Agriculture Organization

<sup>28</sup> United Nations Development Program

<sup>29</sup> United Nations Children's Fund

<sup>30</sup> United Nations Development Fund for Women

Auftrag zu erfüllen, und Veränderungen einzuführen, die darauf abzielen, ihre Funktion als demokratischer Regierungsapparat zu stärken. Dieses wird den Abbau der gegenwärtigen Struktur der Bretton-Woods-Institutionen und der regionalen Entwicklungsbanken, die als regionale "Klone" der Weltbank operieren, erforderlich machen. Es kann dies erreicht werden durch die Übertragung wesentlicher Funktionen globaler ökonomischer Steuerung an die UNO bei gleichzeitiger Befreiung der UNO von Konzerneinflüssen.

**B. Begrenzung oder Abbau der Institutionen von Bretton-Woods** Das Ziel einer Neustrukturierung der Institutionen von Global Governance in Wirtschaftsfragen besteht in der Schaffung eines gerechten und demokratischen globalen Finanz- und Handelssystems, das gesunde, sichere, nachhaltige, gerechte und produktive lokale Ökonomien unterstützt, die eine Funktion in einem kooperierenden System internationaler Beziehungen haben. Solch ein System würde auf ausgeglichene und stabile Handelsbeziehungen hinarbeiten, Finanzspekulationen und internationale Schulden minimieren, produktive Investitionen, Eigentümerschaft von Ortsansässigen und lokale Autarkie fördern, arme Länder vor unangebrachtem ökonomischem Druck, räuberischen Angriffen durch mächtigere Länder und globale Konzerne schützen und in den internationalen Handels- und Investmentbeziehungen eine Ausrichtung auf die Armen begünstigen.

*1. Die WTO: Reformieren oder abschaffen?:* Befürworter behaupten oft, dass diese Institution eine unter vielen globalen Institutionen einschließlich der UN-Organisationen sei und dass dadurch ein Sicherungssystem mit Kontrolle und Ausgleich gegeben sei. Jedoch sind die Durchsetzungsmechanismen der WTO so mächtig und weitreichend, dass die von ihr vertretene Handels- und Finanzordnung in Wirklichkeit den Einfluss und die Politik der Institutionen außerhalb des Bretton-Woods-Systems völlig aussticht. Als Reaktion darauf sprechen sich viele Akteure der Zivilgesellschaft dafür aus, die Macht der WTO gänzlich zu beseitigen oder wenigsten gewaltig einzuschränken. Zwischen verschiedenen Akteuren und Institutionen wie der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)<sup>31</sup>, multilateralen Umweltabkommen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)<sup>32</sup> und entstehenden Handelsblöcken muss ein wirkliches Gleichgewicht der Kräfte wieder hergestellt werden. Durchlässigere, pluralistische internationale Institutionen mit vielfältigen Kontroll- und Ausgleichsmechanismen werden es den Nationen und Gemeinschaften sowohl des Nordens wie auch des Südens erlauben, gemäß ihren Werten, ihren Rhythmen und den Strategien ihrer Wahl zu leben.

*2. Weltbank und IWF<sup>33</sup>:* Dieser Abschnitt empfiehlt die Einrichtung internationaler Gremien zur Stilllegung der Weltbank und des IWF, deren Aufgabe es ist, den Abwicklungsprozess und die Verteilung der Vermögenswerte zu überwachen. Die Mitglieder eines solchen Gremiums sollten zur Hälfte aus Organisationen der Zivilgesellschaft kommen, weil es diesen Gruppierungen zu verdanken ist, dass die zerstörerische Wirkung dieser Institutionen ans Licht gekommen ist. Zwei beispielhafte Maßnahmen, die sofort ergriffen werden könnten, sind die folgenden:

- ▲ Abschaffung aller Strukturellen Anpassungsprogramme (SAPs)<sup>34</sup> in der Dritten Welt und in den Ländern der ehemals sozialistischen Welt.
- ▲ Reduzierung des Personals von Weltbank und IWF mit entsprechenden Kürzungen bei ihren Investitionsaufwendungen und ihren Betriebskosten.

**C. Stärkung der Gegenmacht anderer internationaler Organisationen** Während die Bretton-Woods-Institutionen abgebaut werden, kann die institutionelle Gegenmacht, die benötigt wird, um das globale Finanzsystem zu reformieren und die globale Herrschaft der Konzerne zu beenden, von gestärkten Staaten und einer reformierten UNO kommen. Wir möchten aber hier gleich betonen, dass wir trotz unserer Überzeugung, dass die Vereinten Nationen in ihrem Auftrag und in ihren Finanzen gestärkt werden sollten, gleichzeitig glauben, dass internationale Institutionen nur bei solchen Aufgaben Verantwortung und Autorität haben sollten, die vernünftigerweise auf nationaler oder lokaler Ebene nicht durchgeführt werden können. Wo immer möglich, soll die Hauptverantwortlichkeit internationa-

<sup>31</sup> United Nations Conference on Trade and Development

<sup>32</sup> International Labor Organization

<sup>33</sup> International Monetary Fund - IMF - Internationaler Währungsfonds - IWF

<sup>34</sup> Structural Adjustment Programs

ler Institutionen darin bestehen, effektive und bürgernahe demokratische Regierungsführung auf nationaler und lokaler Ebene zu unterstützen. Es gibt starke Argumente für die Aufwertung der Weltgesundheitsorganisation, der Internationalen Arbeitsorganisation und des UN-Umweltprogramms, damit sie handelsbezogene Themen der Gesundheit, der Arbeit und der Umwelt wirklich aufgreifen können.

**D. Schaffung neuer globaler Institutionen** Zusätzlich zur Reform bestehender UN-Organe könnte die Notwendigkeit gesehen werden, auf globaler Ebene eine kleine Anzahl neuer Institutionen zu schaffen, höchstwahrscheinlich unter dem Dach und der Aufsicht der Vereinten Nationen. Hier folgen fünf Beispiele solcher Art von Institutionen, wie sie benötigt werden:

1. *Schaffung eines Internationalen Insolvenz-Schiedsgerichtshofs*: Schuldenerlass statt der Vorkehrungen für das Entstehen von noch weiteren Schulden ist die eher angemessene Antwort auf die Überverschuldung einkommensschwacher Länder. Ein Volk kann nicht gleichzeitig frei und verschuldet sein. Wir unterstützen daher Empfehlungen zur Schaffung eines Internationalen Entschuldungsgerichts (IIC)<sup>35</sup>, wie sie von der UNCTAD<sup>36</sup>, der Kampagne Erlassjahr 2000<sup>37</sup> und der kanadischen Regierung ausgesprochen worden sind.

2. *Schaffung einer Internationalen Finanzorganisation (IFO)*<sup>38</sup> unter dem Mandat und der Führung der Vereinten Nationen: Die IFO würde mit UN-Mitgliedsländern zusammenarbeiten, um Ausgeglichenheit und Stabilität in internationalen Finanzbeziehungen zu erreichen und aufrecht zu erhalten, die nationale und globale Finanzwirtschaft von den Verzerrungen durch internationale Verschuldung und Geld aus Schuldzinsen zu befreien, produktive einheimische Investitionen und einheimische Eigentümerschaft an produktiven Ressourcen zu fördern und auf internationaler Ebene solche Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um Länder und Regionen dabei zu unterstützen, gerechte, produktive und nachhaltige Lebensunterhaltungsmöglichkeiten für alle zu schaffen.

3. *Schaffung regionaler Währungsfonds*: Wir anerkennen, dass es in Notfällen ein legitimes Bedürfnis nach Zugang zu kurzfristigen Devisennotanleihen gibt, und sehen aber gleichzeitig auch, dass Finanzen so weit wie möglich lokal gehandhabt werden sollten, und folglich unterstützen wir die Schaffung Regionaler Währungsfonds, die den Mitgliedsländern ihrer Region rechenschaftspflichtig sind.

4. *Ersetzung der WTO*: Zu der Frage, welcher Typ von Handelsregeln die WTO ersetzen sollte, gibt es weltweit von Seiten der Organisationen der Zivilgesellschaft drei verschiedene Reihen von Vorschlägen:

▲ Einige befürworten die Rückkehr zu der ursprünglichen Idee einer umfassenderen Internationalen Handelsorganisation (ITO)<sup>39</sup>, wie sie nach dem 2. Weltkrieg vorgeschlagen worden war. Diese ITO würde zusätzlich in ihre Ziele die Vollbeschäftigung und die Zerschlagung globaler Kartelle aufnehmen. Sie würde auch durch die Einbeziehung des Umweltschutzes über den ursprünglichen Auftrag der ITO hinausgehen, und ihre Struktur wäre offener, transparenter und demokratischer.

▲ Andere befürworten die Rückkehr zu dem weniger schwerwiegenden Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT)<sup>40</sup>, würden aber gleichermaßen das GATT offener, transparenter und demokratischer gestalten wollen.

▲ Wieder andere befürworten die Abschaffung einer jeglichen globalen Handelskörperschaft und die Stärkung regionaler Handelsinstitutionen, die dabei helfen, zwischen den Mitgliedsländern die Produktions- und Handelsstrategien zu vernetzen.

5. *Schaffung einer Organisation zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und der Haftung der Konzerne (OCA)*<sup>41</sup> mit dem Mandat und unter der Leitung der Vereinten Nationen. Während die Voll-

---

<sup>35</sup> International Insolvency Court

<sup>36</sup> United Nations Conference on Trade and Development

<sup>37</sup> Jubilee 2000 Coalition

<sup>38</sup> International Finance Organization

<sup>39</sup> International Trade Organisation

<sup>40</sup> General Agreement on Tariffs and Trade

[ ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS ]

zugswelt ausschließlich bei den nationalen und lokalen Regierungen liegen würde, würde die OCA als Grundlage für gerichtliche Schritte und für Investitions- und Konsumentenboykotte sowohl Regierungen als auch die allgemeine Öffentlichkeit mit umfassenden und verlässlichen Informationen über die Praktiken von Konzernen versorgen.

Die obigen Ausführungen sind eine sehr verkürzte Übersicht über viel umfänglicher diskutierte Ansichten zu der Frage, wie das gegenwärtige System globaler Institutionen reformiert werden kann, auch in ihren Beziehungen zueinander, zu den Nationalstaaten und zu den Bürgern.

Wenn Sie ein Exemplar des endgültigen Berichts erhalten wollen, wenden Sie sich bitte an das IFG:

International Forum on Globalization  
1009 General Kennedy Avenue, #2  
San Francisco, CA 94129  
Telefon: 001-415-561-7650 Fax: 001-415-561-7651 Website: [www.ifg.org](http://www.ifg.org)

---

<sup>41</sup> Organization for Corporate Accountability

## DANKSAGUNG

*Der Vorstand des International Forum on Globalization möchte John Cavanagh danken, dem Vize-Präsidenten des IFG und Leiter des Institute for Policy Studies, der als Vorsitzender der Kommission für Alternativen des IFG und als allgemeiner Herausgeber dieses Dokumentes fungiert hat. Die Kommission setzt sich aus den 18 VerfasserInnen zusammen, die unten aufgeführt sind. Ebenfalls wissen wir die zusätzlichen Beiträge folgender Autoren sehr zu schätzen: Agnes Bertrand, Brent Blackwelder, Alvin Duskin, Edward Goldsmith, Paul Hawken, Andrew Kimbrell, Victor Menotti, Anuradha Mittal, David Morris, Mark Ritchie und Steve Shrybman.*

### Komitee der VerfasserInnen

John Cavanagh, Vorsitzender  
Sarah Anderson  
Debi Barker  
Maude Barlow  
Walden Bello  
Robin Broad  
Tony Clarke  
Randy Hayes  
Colin Hines

Martin Khor  
David Korten  
Jerry Mander  
Helena Norberg-Hodge  
Sara Larrain  
Simon Retallack  
Vandana Shiva  
Victoria Tauli-Corpus  
Lori Wallach

Produktion und Veröffentlichung der englischen Originalausgabe dieser „Zusammenfassung des Berichts“ unter dem Titel „Report Summary“ durch das International Forum on Globalization (IFG)

1009 General Kennedy Avenue, #2  
San Francisco, CA 94129

Telefon: 001-415-561-7650 Fax: 001-415-561-7651 Website: [www.ifg.org](http://www.ifg.org)

*Das IFG ist eine Forschungs- und Bildungsinstitution, in der sich über 60 Wissenschaftler und Wirtschaftsspezialisten aus über 20 Ländern zusammengeschlossen haben.*

Vom IFG autorisierte Übersetzung durch  
Ulrich Morgenthaler, Schellbergstraße 45, D-70188 Stuttgart  
(unter Mitwirkung von Wilfried Hüfler und Dr. Christoph Strawe)

Die Weiterverbreitung ist ausdrücklich erwünscht.

Der vollständige Bericht der Verfasser erscheint im November 2002 bei  
Berret-Koehler Publishers / USA unter dem Titel:  
Alternatives to Economic Globalization: A Better World is Possible